

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstags,
Donnerstags und
Sonnabends.

Amts- und Anzeigebblatt

für den
Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Einundzwanzigster Jahrgang.

Abonnement
vierteljährlich
12 Ngr.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Inserate:
Für den Raum
einer
einspaltigen Zeile
1 Ngr.

Bei mehrmaliger Aufgabe von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigeblasses.“

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine kaiserliche Ver-
ordnung vom 20. Januar, welche den deutschen Reichstag auf den 5.
Februar nach Berlin einberuft.

Die Nachrichten über das Befinden des Kaisers lauten andauernd
günstig. Wie die „Kr. Ztg.“ hört, macht die Wiedergenesung regelmäßige
Fortschritte. Seit mehreren Tagen hat der Kaiser wieder Uniform ange-
gelegt. Mittags finden in der Regel Spazierfahrten statt. Doch werden,
zumal bei dem ungünstigen Wetter, noch fortdauernd Schonungsrückichten
empfohlen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös: Die Discussion
über das Lamarmora'sche Buch im preussischen Abgeordnetenhanse habe
zur Prüfung jenes Buchs Anlaß gegeben. Dabei sei constatirt worden,
daß die von General Lamarmora mitgetheilten Depeschen des italia-
nischen Militärbevollmächtigten Savone (wonach Bismarck 1866 Na-
poleon die Abtretung deutschen Gebiets angeboten haben sollte) von
Anfang bis Ende gefälscht oder völlig erfunden seien. Infolge dessen
habe Preußen an die italienische Regierung die Anfrage gerichtet, ob
die fraglichen Depeschen sich in deren Besitze befinden und ob sie an
der Hand der Originale das Maß der im Lamarmora'schen Buche ent-
haltenen Fälschungen constatiren wolle. — Der offizielle „Staatsan-
zeiger“ enthält ähnliche Mittheilungen.

Die „Spen. Ztg.“ schreibt: Die uns aus Paris zugegangenen
Nachrichten erfüllen uns mit der größten Genugthuung. Dieselben stellen
die hochwichtige Thatsache außer allem Zweifel, daß sich Frankreich, das
eitle, das sich trotz aller erfahrenen Demüthigung in so lächerlich brutalem
Hochmuth gefallende Frankreich, gezwungen sieht, dem deutschen Reiche
Erklärungen über sein Verhalten zu geben. Schon die einfache Nachricht
von der zweimonatlichen Suspendirung des „Univers“ schien auf anderes
Wetter zu deuten. Dem folgte das Telegramm, nach welchem der Befehl
des Generals de Ladmirault, Gouverneurs von Paris, als Grund für
die obige Maßregel anführt, daß die vom „Univers“ veröffentlichten
Artikel und Documente geeignet seien, diplomatische Verwickelungen her-
vorzurufen. Das mußte schon als eine öffentlich eingestandene Nachgiebigkeit
gegen die Vorstellungen des Herrn v. Arnim Befriedigung erwecken. Nun
aber meldet man uns ferner von einem Ministerrath, welchen am
Montag Morgen der Marschall-Präsident persönlich geleitet hat. In
demselben ist in erster Linie beschlossen worden, ernste Maßregeln gegen
Ausfchreitungen einer Presse zu ergreifen, welche die Beziehungen Frank-
reichs zum Auslande gefährden. Dann aber hat man sich auch zu dem
hauptächlichsten Erforderniß entschlossen. Der Herzog von Decazes ist
beauftragt worden, den französischen Botschafter in Berlin telegraphisch
anzuweisen, dem Fürsten Bismarck die Versicherung zu ertheilen, daß die
französische Regierung in jeder Weise ihre internationalen Pflichten er-
füllen werde. Auch diesen Erfolg, den die Würde Deutschlands verlangte,
der aber zugleich auch ein Erfolg für den Weltfrieden ist, danken wir
wieder der sicheren und festen Haltung des Reichskanzlers, dieses viel
gehaßten, viel geschmähten und noch so eben durch die gewissenlosen
Angriffe eines Mallinckrodt so tief gekränkten Mannes. Wir sagten,
daß dieser unser Erfolg zugleich ein Erfolg für die Erhaltung des Welt-
friedens ist. Denn es handelt sich bei Frankreich darum, wie bei einem
ungezogenen Kinde, den Leichtsinne des Uebermuthes nicht erst in den
Saamen schießen zu lassen.

Der Reichspressgesetz-Entwurf ist vom Justizauschuss des Bundes-
rathes dem Plenum des Bundesrathes vorgelegt worden. Der neue Ent-

wurf ist wesentlich vom ersten Entwurfe, der in den öffentlichen Be-
sprechungen so hohe Mißbilligung erfahren, verschieden. Die Anschauung
der preussischen Regierung, daß die Presse in weiteren oder engeren
Fesseln, je nach der zeitigen politischen Strömung, gehalten werden müsse,
ist im Allgemeinen auch für den neuen Entwurf maßgebend geblieben.
Im Einzelnen jedoch ist der neue Entwurf entschieden freisinniger als der
erste. Der ungeheuerliche § 20, der in der Presse und in der jüngsten
Reichstags-Session seitens der liberalen Partei so viele Angriffe erfahren,
ist vollständig gestrichen. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit
der Redactoren stimmen wesentlich mit den entsprechenden Normen des
preussischen Pressgesetzes überein. Der Zusage der preussischen Regierung
gemäß, wird der neue Entwurf noch in der nächsten Session dem Reichs-
tage vorgelegt werden. Aber es erscheint sehr zweifelhaft, ob seine Er-
ledigung, da er in seiner gegenwärtigen Fassung unbedingt harte Kämpfe
hervorrufen wird, in der nächsten Session, die nicht länger als bis Ostern
dauern soll, erfolgen wird.

Nach einer dem General-Postamt zugegangenen amtlichen Mit-
theilung lehnt die spanische Postverwaltung von jetzt ab bis auf Weiteres
die Ersatzleistung für solche rekommandirte Gegenstände ab, welche durch
kriegerische Vorfälle, gewaltsame Angriffe u. verloren gehen sollten.

England.

London, 21. Januar. Lord Russell erklärt in einem von ihm
veröffentlichten Schreiben an Sir John Murray vom 19. Januar, daß
er außer Stande sei, in dem Meeting am 27. Januar den Vorsitz zu
übernehmen. Russell hebt hervor, er habe stets das Prinzip der Religions-
freiheit und der ConfeSSIONSgleichheit bekannt und vertreten und müsse
den in England durch Manning vertretenen Bestrebungen des Katholicis-
mus entgegentreten, welche nur eine Unterordnung unter die despotische
fehlbare Priesterschaft abzielen, keineswegs aber die bürgerliche und reli-
giöse Freiheit fördern. Die Grundsätze, welche mich verpflichteten, die
Freiheit aller Religionen zu verfechten, verpflichteten mich zu protestiren
gegen die Verschönerung, deren Ziel die Fesselung Deutschlands sei und
erkläre daher mit allen Freunden der Freiheit, hoffentlich mit überwiegen-
der Majorität der englischen Nation, daß ich mich nicht länger als Ver-
fechter der bürgerlichen und religiösen Freiheit nennen könnte, würde ich
nicht Sympathien für den deutschen Kaiser in dem ultramontanen edlen
Kampfe ausdrücken. Seine Sache ist die der Freiheit, die Sache des
Papstes aber ist die der Knechtung.

Sächsische Nachrichten.

Wie dem „Dresdn. Börsenbl.“ mitgetheilt wird, sind in Folge
der sehr günstigen Witterung die Arbeiten an der Chemnitz-Aue-Adorfer
Bahn sehr erheblich gefördert worden. Die 20,00 Meilen lange Linie
besteht bekanntlich aus der Hauptbahn Chemnitz-Aue-Adorf (14,07 Meilen)
und den Zweigbahnen Zwota-Klingenthal (1,69 Meilen) und Zwönitz-
Stollberg-Lugau (3,00 Meilen). An Stationen erhält die Linie die Bahn-
höfe und Güterstationen Chemnitz, Zwönitz, Löbnitz, Aue, Eibenstock,
Schöneck, Zwota, Markneukirchen, Adorf, Klingenthal, Stollberg und
Lugau; Einsiedel, Dittersdorf, Burthardtsdorf, Thalheim, Dorfschemnitz,
Bockau, Unterblauenenthal, Wolfsgrün-Reidhardtthal, Schönheide, Wilzich-
haus, Rautenkranz, Jägergrün, Hammerbrück und Meinersdorf. Auf
je 0,61 Meile entfällt demnach eine Station. Die Linie folgt von Chem-
nitz ab dem Lauf der Zwönitz, tritt vor Löbnitz in das Gebiet der
Zwickauer Mulde ein, bleibt im Muldenthale bis nahezu Schöneck und
und schließt vorläufig in Adorf ab, um später bis Hof weiter geführt
zu werden. Die Sächsischen Staatsbahnen werden (incl. Hof) an 4 Punkten
getrennt, was zur Folge haben wird, daß sich auf längere Strecken hin
ein nicht unbedeutender Localverkehr, welcher bisher die Sächsischen Staat